

Österreicher unter Druck: Lohnzurückhaltung für Budgetsanierung gefordert!

Fiskalrat fordert Lohnzurückhaltung in Österreich, um Budgetsanierung zu unterstützen. Experten warnen vor negativen wirtschaftlichen Folgen.

Österreich - In Österreich wächst der Druck auf die Bevölkerung zur finanziellen Mitwirkung bei der Budgetsanierung. Der Fiskalrat hat jüngst die Bevölkerung aufgefordert, durch Lohnzurückhaltung und mögliche Steuererhöhungen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen beizutragen. Diese Forderung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaftsleistung in den letzten Jahren gesunken ist, während gleichzeitig die verfügbaren Einkommen gestiegen sind, wie **5min.at** berichtet.

Die Wirtschaftsexperten Johannes Holler vom Fiskalrat, Gabriel Felbermayr vom WIFO und Holger Bonin vom IHS unterstützen diesen Ansatz und empfehlen eine Zurückhaltung bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Holler betont, dass eine Gehaltserhöhung für Beamte moderat ausfallen sollte, um die Staatskassen nicht weiter zu belasten. Ein Abschluss unter der Inflationsrate um einen Prozentpunkt könnte den öffentlichen Haushalt um schätzungsweise 600 Millionen Euro entlasten.

Reaktionen und Kritik

Diese Empfehlungen stoßen jedoch auf Widerstand. Die Gewerkschaft GPA, vertreten durch Chefin Barbara Teiber, hat klar Stellung bezogen und warnt vor den negativen Folgen einer

Lohnzurückhaltung. Sie argumentiert, dass solche Maßnahmen zu weniger Konsum und gleichzeitig geringeren Einnahmen für den Handel führen könnten. Ihre Meinung wird durch Reinhold Binder, Chef der Produktionsgewerkschaft ProGe, untermauert, der die Ökonomen kritisiert, weil sie eine düstere Stimmung in den Lohnverhandlungen verbreiten.

Binder betont zudem, dass die wirtschaftliche Lage zwischen den verschiedenen Branchen stark variiert und nicht alle Unternehmen unter den gleichen Bedingungen leiden. Die Gewerkschaften sollten daher bei Kollektivvertragsverhandlungen nicht zu zurückhaltend sein.

Empfehlungen der Experten

Kleine Zeitung hebt hervor, dass viele Experten die Koppelung von Gehältern, Löhnen, Mieten und Sozialleistungen an die Teuerung kritisch sehen und stattdessen empfehlen, im öffentlichen Sektor Gehaltserhöhungen unter der Inflationsrate zu halten. Die Situation sei auch durch die Notwendigkeit geprägt, dass seit 2023 die neue Regierung rund 6,4 Milliarden Euro einsparen muss.

Gewerkschaften und Wirtschaftsvertreter stehen also vor der Herausforderung, eine Balance zwischen notwendigen Einsparungen und dem Wohlstand der Arbeitnehmer zu finden. Während einige auf Lohnzurückhaltung setzen, warnen andere vor den langfristigen Folgen dieser Sparmaßnahmen für die Wirtschaft.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• www.kleinezeitung.at• www.heute.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at